



I. Die Weimarer Republik

1919 – 1944

1918 Novemberrevolution

Die Novemberrevolution beendet in Deutschland das Kaiserreich, an seine Stelle tritt die Republik (9.11.). Überall im Deutschen Reich enden die Monarchien, in den Einzelstaaten und auch in Österreich-Ungarn. Am 11.11. wird ein Waffenstillstand der Mittelmächte mit den Alliierten geschlossen.

1919 Weimarer Verfassung

Erste demokratische Verfassung Deutschlands. Der Reichstag wurde nach dem reinen Verhältniswahlrecht gewählt, das fördert den Einzug vieler kleiner Splitterparteien ins Parlament und macht eine stabile Mehrheitsfindung schwierig. Keine wehrhafte Demokratie. Ein besonders zu beachtender Artikel der Weimarer Verfassung ist der Notverordnungsartikel, d.h. der rechtlich mögliche Erlass des Präsidenten anstelle eines parlamentarischen Gesetzes.

Laut jenem Art. 48 konnte der Reichspräsident zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit Notverordnungen erlassen. Dies war die Praxis der Präsidialregierungen (=vom Reichspräsidenten ein- und abgesetzte Regierung) von 1930-33. Mit parlamentarischer Mehrheit hätten diese aufgehoben werden können.

1923 „Krisenjahr“ der Weimarer Republik

Die Inflation galoppiert, Separatistenbewegungen drohen die Republik zu spalten, kommunistische Aufstände werden in Thüringen niedergeschlagen, in München scheitert der Hitlerputsch. Die Republik wehrt sich erfolgreich gegen all dies.

Inflation

Zu viel Geld ist im Umlauf und dafür zu wenige Waren: Die Folge sind Preissteigerungen und Wertminderung des Geldes. Besitzer von Sachwerten sind oft Nutznießer, während Gehaltsempfänger, Rentner und Sparer hohe Verluste erleiden.

2. Nationalsozialismus (1933-45) und Zweiter Weltkrieg (1939-45)

Totalitärer Staat

Alle öffentlichen und persönlichen Lebensbereiche werden von einem Diktator bzw. einer geschlossenen Machtgruppe (Partei) reguliert und beaufsichtigt. Beispiele dafür sind die Sowjetunion, Hitlerdeutschland und das faschistische Italien unter Mussolini.

1929 Weltwirtschaftskrise

Die vom New Yorker Börsenkrach ausgelöste Weltwirtschaftskrise lässt in Deutschland die Arbeitslosigkeit sprunghaft ansteigen (auf mehr als sechs Millionen).

30.01.1933 Ernennung Hitlers zum Reichskanzler.

„Drittes Reich“

Der von der NSDAP selbst gewählte Begriff bezeichnet die Herrschaft des Nationalsozialismus in Deutschland. Das „Heilige Römische Reich deutscher Nation“ galt als erstes Reich, das Kaiserreich von 1871-1918 als zweites.

Nationalsozialismus

Der Begriff bezeichnet die völkische, antisemitische, nationalistische Bewegung in Deutschland, die sich 1920 als Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) organisierte und die unter Führung Adolf Hitlers in Deutschland 1933 eine Diktatur errichtete. Ein extremer Nationalismus, Rassismus, Eroberungsstreben („Lebensraumpolitik“), Führerprinzip und Volksgemeinschaft sind grundlegende Elemente der NS-Weltanschauung.

Antisemitismus

Die allgemeine Bezeichnung für negative Einstellungen gegen die als Minderheiten in verschiedenen Staaten lebenden Juden (bereits im Mittelalter, Verstärkung im 19. und 20. Jh.). Im Nationalsozialismus wurde der Antisemitismus verbunden mit dem Rassismus zur Grundlage der Judenverfolgung und Vernichtung.

„Machtergreifung“

Damit bezeichneten die Nationalsozialisten den 30. Januar 1933. Sie wollten so den revolutionären Charakter ihrer Bewegung zum Ausdruck bringen. In Wirklichkeit hatte ein Regierungswechsel auf zumindest formal-legalem Wege stattgefunden.

März 1933 „Ermächtigungsgesetz“

Das Parlament verabschiedet das „Ermächtigungsgesetz“ und entmachtet sich damit selbst, indem es der Regierung die Gesetzgebungsgewalt überträgt.

„Gleichschaltung“

Der Begriff bezeichnet die nationalsozialistische Durchdringung aller Bereiche des öffentlichen und staatlichen Lebens, Länderregierungen, Parteien, Gewerkschaften, Vereine, Presse, usw. Wer sich nicht freiwillig beugte, wurde verhaftet, geschlagen und/oder umgebracht.

1935 Nürnberger Gesetze

„Reichsbürgergesetz“ (degradiert Juden zu Bürgern zweiter Klasse) und „Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ (eheliche Verbindungen und geschlechtliche Beziehungen zwischen Juden und „Ariern“ werden bestraft). Juden wurden dadurch systematisch entrechtet.

9.11.1938 Novemberpogrom

Gewaltsames Vorgehen der Nationalsozialisten gegen Juden und jüdische Geschäfte; Zerstörung der Synagogen.

Holocaust

Das griechische Wort „holocauston“ bezeichnete ursprünglich ein „Brandopfer von Tieren“. Seit Ende der 1970er Jahre wurde dieser Begriff für den systematischen Massenmord an den europäischen Juden im Dritten Reich verwendet. Im jüdischen Sprachgebrauch wird für den Völkermord an den Juden während dieser Zeit der sicherlich passendere Begriff Shoah („großes Unheil“, „Katastrophe“) gebraucht.

Konzentrationslager

Konzentrationslager sind in totalitären Staaten ein Mittel, politische Gegner und missliebige Minderheiten auszuschalten und zu beseitigen. Der Tod der Inhaftierten wird in Kauf genommen oder, wie in den Vernichtungslagern für Juden, planmäßig organisiert.

1938 Das Münchener Abkommen (GB, F, I, D),

wichtiger Bestandteil der Appeasement Politik der Briten mit dem Ziel einen Krieg zu verhindern, ermöglicht den Einmarsch deutscher Truppen in das Sudetenland. Hitler erklärt im Gegenzug, keine weiteren territorialen Ansprüche zu haben.

01.09.1939 Beginn des 2. Weltkriegs

mit dem deutschen Überfall auf Polen und der daraus resultierenden Kriegserklärung Englands und Frankreichs.

20.07.1944 Attentat auf Hitler

durch Generale der Wehrmacht.

Weiteres Beispiel für Widerstand: Weiße Rose.

3. Deutschland nach dem Krieg

1945 – 61

08/ 09. 05.1945:

bedingungslose Kapitulation Deutschlands

August 1945:

Die USA zünden Atombomben über Hiroshima und Nagasaki. Kapitulation Japans.

Konferenz der Siegermächte in Potsdam

(Juli/August 1945): Aufteilung Deutschlands in vier Zonen, Reparationen und Demontagen werden beschlossen. Die Oder-Neiße-Linie wurde die Ostgrenze Deutschlands.

Flucht und Vertreibung

Als Folge des verlorenen Zweiten Weltkriegs kam es zu einer riesigen Bevölkerungsbewegung von Deutschen aus den deutschen Ostgebieten. Sie begann mit der Flucht von Deutschen vor der Roten Armee und fand ihren Höhepunkt in der systematischen Vertreibung aus Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie und Ost- bzw. Südosteuropas. Insgesamt mussten 14 Mio. Deutsche ihre Heimat verlassen, über 2 Mio. von ihnen kamen dabei um.

Besatzungszonen

Aufteilung Deutschlands nach dem Krieg in vier Besatzungszonen der Siegermächte USA, UdSSR, England und Frankreich mit Militärgouverneuren als Verwaltern.

Entnazifizierung

Prozess der „Reinigung“ der deutschen Gesellschaft und Öffentlichkeit von ihrer Nazivergangenheit (z.B. durch Entlassungen und „Re-education“). In der Praxis nicht immer umgesetzt (v.a. im Rechtswesen).

02.12.1946: Verfassung des Freistaates Bayern

Währungsreform in den Westzonen

Umtausch der Reichsmark in Deutsche Mark im Jahr 1948. Dabei erhielt jeder Bürger 40 DM Kopfgeld. Die Währungsreform war die Grundlage des späteren Wirtschaftswunders.

1949 Gründung der beiden deutschen Staaten

Gründung der BRD und der DDR als Zeichen unüberbrückbarer Ost-West Gegensätze.

23.05.1949 Grundgesetz für die BRD tritt in Kraft.

Deutsche Frage

Ungelöste nationale Frage Deutschlands, entstanden durch die Gründung zweier deutscher Staaten 1949 als Folge des Kalten Krieges. Alleinvertretungsanspruch: Standpunkt der BRD, einziger, rechtmäßiger Nachfolger des Deutschen Reichs zu sein; die staatliche Existenz der DDR wird abgestritten. Es wurden sogar die diplomatischen Beziehungen mit den Staaten abgebrochen, die die DDR anerkannten.

Blockbildung

ab 1945 schließen sich Staaten unter der Führung der USA und der UdSSR zu zwei einander feindlich gegenüber stehenden Staatenblöcken zusammen.

NATO (North Atlantic Treaty Organization)

Zehn westeuropäische Staaten, die USA und Kanada gründeten 1949 die Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft als Militärbündnis, um sich gemeinsam gegen einen möglichen Angriff der Sowjetunion zu verteidigen und politisch für Frieden und Freiheit einzutreten. Die NATO war Teil der Blockbildung, die Bundesrepublik Deutschland trat ihr 1955 bei.

Warschauer Pakt

Das 1955 in Warschau gegründete östliche Bündnis war Teil der Blockbildung nach dem Zweiten Weltkrieg und bestand bis 1991. Unter Führung der Sowjetunion fasste es alle militärischen Kräfte Osteuropas (außer Jugoslawien und später Albanien), einschließlich der DDR, gegen die NATO zusammen.

„Kalter Krieg“

Konfrontation der Staatenblöcke des Westens und des Ostens mit ideologischen, propagandistischen und wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen, aber ohne einen Atomkrieg („heißer“ Krieg) herauszufordern. Bündnispolitisch stehen sich NATO und Warschauer Pakt gegenüber, es ist die Blütezeit der Spionage und der „Stellvertreterkriege“. Der Kalte Krieg erreicht seinen Höhepunkt im Koreakrieg 1950-53 mit Spaltung der koreanischen Halbinsel in einen nördlichen, kommunistischen und südlichen, westlich orientierten Staat.

Westintegration

Die politische, wirtschaftliche, militärische und kulturelle Einbindung der Bundesrepublik nach 1945 in die westliche Welt (Westeuropa und die Vereinigten Staaten von Amerika). Als ihr Wegbereiter gilt der erste Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU). Die Bundesrepublik wurde Mitglied der EWG und der NATO und erhielt dafür weitgehende Souveränität sowie Schutz und Förderung durch die westlichen Bündnispartner.

17.06.1953

Volksaufstand gegen das DDR-Regime, von sowjetischen Panzern niedergeschlagen.

1961 Bau der Mauer in Berlin.

4. Die Welt im Schatten des Kalten Krieges

Europäische Integration

Prozess des immer engeren Zusammenschlusses europäischer Staaten. Ursprünglich als friedenssichernde Maßnahme gedacht, entwickelt sich die Einheit nunmehr in Richtung „Vereinigte Staaten von Europa“. Auch die Staaten Ostmitteleuropas sollen langfristig mit eingebunden werden.

1963 Der deutsch-französische Freundschaftsvertrag

bedeutet die endgültige Aussöhnung mit dem einstigen „Erbfeind.“

Nahostkonflikt

Streit zwischen dem 1948 gegründeten Staat Israel, seinen arabischen Nachbarn und der palästinensischen Bevölkerung um das Existenzrecht des Staates Israel und die Rechte der Palästinenser an diesem Land sowie die Gründung eines eigenen palästinensischen Staates. Mehrere Kriege und zahllose Terrorakte prägen bis heute den Konflikt.

UNO United Nations Organization

Die Weltorganisation wurde 1945 in San Francisco als Nachfolgerin des nach dem 1. Weltkrieg ins Leben gerufenen Völkerbundes gegründet. Ihr gehören inzwischen fast alle Staaten der Welt an. Ihre Hauptziele sind die Sicherung des Friedens, die Verständigung der Völker untereinander sowie der internationalen Zusammenarbeit zur Lösung wirtschaftlicher, kultureller, sozialer, ökologischer und humanitärer Probleme ; Sitz der UNO ist New York.

Entkolonialisierung

Prozess, in dessen Verlauf die europäisch beherrschten Kolonien allmählich in souveräne Staaten umgewandelt werden. Dies führt oft zu Kriegen und Bürgerkriegen (z.B. in Afrika, Indien, Pakistan).

„Dritte Welt“

Neben der ersten Welt des Westens und der zweiten Welt des Ostens sind mit dem Begriff „Dritte Welt“ alle die Staaten gemeint, die wirtschaftlich und sozial unterentwickelt sind/waren und zudem keinem der beiden großen Bündnissysteme angehörten.

„Nord-Süd-Konflikt“

Nach Beendigung des Kalten Krieges wird die extrem ungleiche Verteilung des Reichtums zwischen Industrie- und Entwicklungsländern als mögliche Ursache eines künftigen globalen Konfliktes angesehen.